

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Guise.  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaltene Kolonelleite:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die neuen Kriegssteuern

Der unglückselige Weltkrieg hat bereits ungeheure Kosten verursacht und er wird auch in Zukunft noch große Kosten verursachen. Sie müssen in irgend einer Weise gedeckt werden und ebenso müssen auch die noch unberechenbaren Ausgaben, die durch die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Angehörigen der Gefallenen in Form von Renten zu leisten sind, durch entsprechende Einnahmen ausgeglichen werden. Ueberhaupt werden fortlaufend hohe Summen aufzuwenden sein, um die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat, und alles zu erfüllen, was erforderlich ist, damit unser Volk in seiner Gesamtheit wieder gesund wird. Wir haben heute noch keine Vorstellung davon, wie hoch sich diese Summen belaufen werden, aber so viel steht ohne weiteres fest, daß Staat und Gemeinden nach reichlich fließenden Einnahmequellen Umschau halten müssen, wenn sie allen Anforderungen gerecht werden wollen. Da ist es denn besonders auch für die Arbeiter notwendig, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die Kosten aufgebracht werden sollen. Es geht nicht an, sich einfach auf den ablehnenden Standpunkt zu stellen und zu sagen: „Die Arbeiter haben den Krieg nicht gewollt und deshalb auch keine Veranlassung, für die durch ihn entstandenen Kosten aufzukommen. Mögen also die bestehenden Klassen, in deren Interesse der Krieg vorwiegend geführt worden ist, auch die Kosten bezahlen! Das klingt allerdings recht radikal, aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutsche Arbeiterklasse diese scheinbar ganz folgerichtige Theorie in die Praxis umsetzen wollte. So einfach liegt die Sache denn doch nicht. Die Ausgaben, die fast ausnahmslos auf gesetzlich gewährtesten Ansprüchen beruhen, müssen eine Dedung finden, mag das Geld kommen, woher es will. Da nützt es nichts, wenn die Arbeitervertreter in den Parlamenten einfach den Haushaltsplan ablehnen und rundweg gegen alle neuen Steuern stimmen, wohl aber liegt bei Anwendung dieser Taktik die Gefahr nahe, daß die Arbeitervertreter ausgeschaltet werden und daß die bürgerlichen Parteien eine Steuer- und Zollpolitik zu ihrem Vorteil machen. Wir sind überzeugt — und es liegen bereits Anzeichen dafür vor — daß die Gegner der Sozialdemokratie sich über nichts mehr freuen würden, als über eine solche rein verneinende und ablehnende sozialdemokratische Taktik, woraus sich allein schon die Notwendigkeit ergibt, daß die Arbeitervertreter in den Parlamenten mitarbeiten müssen an den Vorschlägen für die Aufbringung der Kosten. Daher erscheint es angebracht, auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus diese Frage zu erörtern, weil ja die Lässigkeit der Gewerkschaften sehr wesentlich durch die Verteilung der Steuerlasten beeinflusst wird.

Es ist erklärlich, daß die Reichsregierung schon während des Krieges bemüht ist, neue Einnahmequellen zu erschließen, um ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Vermutlich werden in diesem Bemühen die Regierungen der Einzelstaaten und die Verwaltungen der Gemeinden nicht zurückbleiben wollen, sind sie doch vielfach schon dazu übergegangen, die direkten Steuern und die Steuerzuschläge zu erhöhen. Es handelt sich darum, der Bevölkerung trotz der allgemeinen Legerung und der vielfach verminderten Einnahmen neue Opfer aufzuerlegen zu den bisherigen, die bereits sehr hoch sind. Das unabwehrbare muß zwingt zu diesen Maßnahmen, doch kommt es auch hier, wie überall, darauf an, die Lasten auf die tragfähigen Schultern zu legen. Beachtlich wird zunächst die Einführung der Kriegsgewinnsteuer, die in weitesten Kreisen Zustimmung finden wird, sobald sie durch eine höhere Besteuerung des Tabaks, durch die Einführung eines Kuitungsstempels, durch die Ausdehnung und Heraushebung des Frachtkundenstempels sowie durch eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren neue Einnahmen geschaffen werden.

Der Name Kriegsgewinnsteuer trifft, genau genommen, auf die geplante Steuer nicht ganz zu. Es sollen nämlich nicht etwa nur die mit dem Kriege im Zusammenhang stehenden Gewinne steuerlich erfasst werden, sondern ein jeder über 3000 M hinausgehende Vermögenszuwachs, mit Ausnahme des durch Erbschaft und Schenkung eingetretenen. Eine gewisse Berechtigung zu einer so weit ausgreifenden Steuererhöhung wird man insofern anerkennen müssen, weil die selbst in so schwerer Zeit Ersparnisse anzusammeln und ihre Kapitalkraft zu steilen vermehren, ohne erhebliche eigene Schädigung zugunsten der Gesamtheit einen Teil der Vermögensvermehrung abgeben können. Dieser Teil ist hoch bemessen, aber doch nicht so hoch, daß gleichsam die Kriegswirtschaft ausgeschaltet wird. Erfreulicherweise will man davon absehen, einen Einheitsfuß zu schaffen, sondern die Steuer wird staffelartig steigen je nach der Größe des Vermögenszuwachses. Noch wichtiger aber ist, daß bei den Personen versucht wird, die wirklichen Kriegsgewinne stärker heranzuziehen als die einfache Sparbarkeit. Um das zu erreichen, ist neben einer Art Grundgebühr ein Zuschlag vorgesehen. Wer, ohne mehr Einnahmen als in Friedenszeiten erzielt zu haben, sein Vermögen vergrößern konnte, hat nur die Grundgebühr zu zahlen, die mit 5 Prozent des Zuwachses beginnt und bis auf 25 Prozent steigt. Ist die Kapitalvermehrung durch erhöhte Einnahmen erreicht worden, so greift der Zuschlag Platz, und zwar verdoppelt sich durch ihn die Steuerabgabe für den Teil des Vermögenszuwachses, der dem Einkommen zugeordnet oder im Vergleich mit der Friedenszeit gleichgebliebenen Einkommens 10 000 M erspart hat, 5 Prozent gleich 500 M zu zahlen haben. Wer aber 10 000 M mehr als in Friedenszeiten als Einkommen bezogen und diese 10 000 M seinem Vermögen zugeführt hat, muß 10 Prozent gleich 1000 M aufbringen. Als höchste Besteuerung überhaupt kommen für natürliche Personen 50 Prozent in Frage.

Zur Bestimmung der Vermögensvermehrung soll von der für den Bezugsbeitrag am 31. Dezember 1913 erfolgten Veranlagung ausgegangen werden, die feinerzeit im Zusammenhang mit dem im

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

### An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte.

Wir ersuchen alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Verbandsstelle zu melden.

Nach § 5, Absatz 6, muß die Anmeldung beim Verband innerhalb vier Wochen nach Entlassung, Beurlaubung oder Abkommandierung zu gewerblicher Arbeit erfolgen.

Es wird allen diesen Kollegen dringend geraten, sich an die Ortsverwaltung ihres Aufenthaltsortes oder an den Vorstand um Auskunft zu wenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

gleichen Jahre geschaffenen Gesetz über die Besitzsteuer gebracht worden ist. Von der Besitzsteuer werden indes nur natürliche Personen betroffen; die Kriegsvermögenszuwachssteuer wird, wenn man von den gemeinnützigen Unternehmungen abliest, keine Ausnahmen kennen. Das vor kurzem vom Reichstag angenommene vorbereitende Gesetz zur Kriegsgewinnsteuer (Müllagengesetz) hat im Gegenteil gezeigt, daß man sich in erster Reihe bei den Gesellschaften erzielten Mehrgewinne verschern will. Immerhin sollen gewisse Unterabteilungen der Besteuerung von natürlichen und juristischen Personen eintreten. Während nämlich, wie wir gesehen haben, bei den natürlichen Personen der Vermögenszuwachs schlechthin abgabepflichtig sein soll, wird bei den juristischen Personen die Besteuerung nicht anders als den von ihnen gegenüber den Friedensjahren erzielten Mehrgewinn (allerdings mit vergleichsweise höheren Sätzen) erfassen. Eine besondere Gewinnstaffelung ist nicht vorgesehen, doch ergibt sie sich auch bei den Gesellschaften gewissermaßen selbstständig dadurch, daß eben wesentliche Mehrgewinne im allgemeinen nur von denen erzielt worden sind, die durch den Krieg Vorteile gehabt haben. Es ist aber ebenso wie bei den natürlichen Personen eine Staffelform der Steuer nach der Höhe der Gewinne vorgesehen, nur daß diese Regel insofern eine Abänderung erfährt, als bei den Gesellschaften der Gewinn zu dem Kapital in Beziehung gesetzt werden soll. Die Finanzverwaltung ist dabei von dem richtigen Grundsatz ausgegangen, daß eine Gesellschaft, die ihre Dividende von 15 auf 20 Prozent steigert, die Steuer leichter ertragen kann als ein Unternehmen, das statt 4 Prozent in Friedenszeiten für die Kriegsgewinnsteuer 6 Prozent verteuert. Der Höchstfuß der Besteuerung des Mehrgewinns beträgt bei den Gesellschaften unter Berücksichtigung der Beziehung zwischen Kapital und Gewinn 45 Prozent.

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß die unmittelbar oder mittelbar durch den Krieg gesteigerten Einnahmen der Personen und Gesellschaften zur Dedung der Kriegskosten möglichst stark herangezogen werden sollen. Das ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit gegenüber den zahlreichen Proletariaten, die Leben und Gesundheit im Kriege geopfert haben, und auch gegenüber den großen Massen des Volkes, die während des Krieges wahrlich keine geringen Lasten getragen und keine kleinen Opfer gebracht haben. Hoffentlich gelingt es, diese Steuer so zu gestalten und so peinlich genau durchzuführen, daß die Spekulanten und Lebensmittelwucherer, die Kriegslieferanten und Preistreiber scharf angefaßt werden und daß auf diese Weise eine möglichst hohe Summe herauspringt. Es ist nämlich nicht mehr als recht und billig, daß alle die Leute, die den Krieg und die daraus entstandene Not zu einer Goldgrube gemacht haben, auch ordentlich zur Aber gelassen werden. Es wird ohnehin für sie noch genug übrigbleiben.

Was die anderen Steuern betrifft, so kann man über die Berechtigung einer stärkeren Heranziehung des Tabaks, der Zigaretten und Zigaretten verschiedener Meinung sein. Wenn auch zuzugeben ist, daß der Tabakgewinn keine unbedingte Notwendigkeit ist und daß er sogar bis zu einem größeren Grade als gesundheitschädlich bezeichnet werden muß, so ist es doch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sehr fraglich, ob es angebracht ist, ein Gewerbe, das so viele Tausende Menschen ernährt, heftigen Erschütterungen auszuweichen. Der Tabak hat schon wiederholt „Bluten“ müssen, um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, was besonders wegen der Arbeiter nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte, immerhin aber erscheint er, wenn nun einmal neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen, als ein geeigneter Steuergegenstand, wobei allerdings auf die Erhaltung der im Tabakgewerbe beschäftigten Personen weitestgehende Rücksicht zu nehmen ist.

Die übrigen geplanten Steuern bedeuten eine weitere Belastung des Verkehrs und können für die Arbeiter nur mittelbar in Frage kommen. Am meisten bestimmen und erklärlicherweise die erhöhten Post-, Telegraphen- und Telephongebühren. Es ist aber nur ein geringer

Trost, wenn amtlich mitgeteilt wird, daß diese staatlichen Einrichtungen bisher viel zu wenig Ueberflüsse erbracht hätten, die gesteigert werden könnten und müßten, denn es besteht die nicht unbegründete Befürchtung, daß die Erhöhung der Gebühren eine Einschränkung des Postverkehrs und dadurch eine Verminderung der Einnahmen zur Folge haben werde. Hier, wie bei den anderen Verkehrsabgaben kann erst die Ausföhrung entscheiden.

Augenscheinlich greifen die bisher in Aussicht genommenen Steuern nur in verhältnismäßig geringem Maße in die Lebensbedürfnisse der großen Masse ein, dagegen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß nach Beendigung des Krieges Pläne zur Beschaffung neuer Einnahmen aufzutauchen werden, bei denen es gilt, die Arbeiterklasse vor einer drückenden Belastung zu bewahren, unter der sie möglicherweise zusammenbrechen könnte.

### Der Krieg nach dem Kriege

Th. Grausame und tiefe Wunden schlägt der blutige Krieg tagtäglich den Völkern und man sollte annehmen, daß bei allen Beteiligten der sehnlichste Wunsch vorhanden wäre, durch einen baldigen Friedensschluß dem Haß und der Zorntracht unter der Menschheit Einhalt zu gebieten. Es scheint aber noch nicht genug des grausamen Spieles zu sein, erörtert man doch ernstlich, wie der Krieg nach Friedensschluß mit „anderen Mitteln“ fortgesetzt werden kann. Was durch den blutigen Streit nicht erreicht wird, das soll die wirtschaftliche Ausschöpfung vollenden. Und in der Tat, würde das, was unsere Kriegsgegner auf dem Gebiete planen, in die Wirklichkeit umgesetzt, so würden noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit, Not und Elend die Folge sein.

Freilich ist auch bei uns die Rede von der Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes. In erster Linie ist dieser aber wohl als Abwehrmaßnahme erdacht, zweitens magnt die Regierung, wie aus den Ausführungen des preussischen Handelsministers Sydow im Landtag hervorging, zur Vorsicht. Er sagte unter anderem:

„In der Frage unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn muß ich mir natürlich große Zurückhaltung auflegen und kann keine Erklärung namens der Regierung abgeben. Nur einige allgemeine Bemerkungen. Es spielt bei diesen Forderungen neben politischen Erwägungen auch zum großen Teil das Gefühl mit. Wirtschaftliche Fragen sind aber keine Gefühlfragen, sondern Interessenfragen. (Sehr richtig!) Die Regelung muß so erfolgen, daß den Interessen beider Teile dabei Rechnung getragen wird, sonst wird eine solche Regelung nicht verständig auf die politischen Verhältnisse, sondern hemmend. Wir müssen erst wissen, wie Industrie, Handel und Landwirtschaft in Oesterreich-Ungarn selbst zu der Frage stehen, und darüber schwebt noch ein ziemlich dicker Schleier. Also das sollten wir erst mit Ruhe abwarten. (Sehr gut!) In unserm Interesse liegt es ferner, diese Verhandlungen so zu führen, daß dadurch unsern Handel und unserer Industrie nach dem Kriege der Verkehr mit den Neutralen und mit den uns jetzt noch feindlichen Staaten nicht erschwert wird. Wir werden für unsere Industrie und unseren Handel den Weltmarkt nicht entbehren können. (Bravo!)“

Hier kommt also klar und deutlich zum Ausdruck, daß eine Verständigung nicht auf Kosten der Einbuße des Weltmarktes geschehen kann. Daß diese Auffassung die einzig richtige ist, werden wir noch beweisen. Aus den ganzen bisher vorliegenden Auslassungen bezüglich einer wirtschaftlichen Annäherung namentlich Oesterreich-Ungarns und Deutschlands geht aber auch hervor, daß an eine Verständigung, wie wir sie uns denken, gar nicht gedacht wird. Die deutschen Agrarier legen schon Verwahrung ein, daß die ungarischen Landwirtschaftserzeugnisse ihnen die Preise herabsetzen sollen. Auf der andern Seite hat zum Beispiel der Präsident der Prager Handelskammer nach der Wossischen Zeitung erklärt, eine Zollunion mit Deutschland müsse zum Heile der österreich-ungarischen Volkswirtschaft ausgeschlossen werden. Es könnte also höchstens zu einem Zerbruch eines Wirtschaftsbundes kommen. Für ein solches Einseitigericht müssen sich die Arbeiter bedanken. Schon um unseren Gegnern jeden Schein der Berechtigung zu nehmen, daß sie die von ihnen angebotenen Maßnahmen verwirklichen können. In diesem Zusammenhang sei auch die Aeußerung des Freiherrn v. Zedlitz im Landtag am 21. Februar erwähnt, der darauf hinwies, daß bei den kommenden Friedensverhandlungen der Verzicht auf eine Selbstständigbildung dem Verzicht auf gute Handelsbeziehungen vorzuziehen sei.

Im Gegensatz zu diesen verständigen Erklärungen stehen die Aeußerungen von Regierungs- und anderen Organen des gegnerischen Auslandes. Der englische Minister Bonar Law hat nach einer Neutermeldung vom 21. Februar einem Berichterstatter der New York Times erklärt, daß nach dem Kriege ein Wirtschaftsbund der Alliierten die Niederlage des Deutschen Reiches fortsetzen werde. Der am 29. Februar beginnenden Zusammenkunft der englischen Handelskammern liegen eine ganze Reihe Rundgebungen vor, die in demselben Sinne gehalten sind. Sazonow hat in seiner Duma-Rede in daselbe Horn geblasen: Außer zum Zweck politischer und militärischer Beratungen, sagte er unter anderem, wünschen die Vertreter der Alliierten ihre Vertreter zu Besprechungen von Maßregeln zusammenzutreten zu lassen, die zur Vorbereitung eines künftigen wirtschaftlichen Bündnisses ergriffen werden müssen. Den Tatsachen mehr Rechnung getragen hat der bekannte russische Schriftsteller Peter Struve, der bei Stellungnahme zu einer Rede des englischen Vorkämpfers in Petersburg darauf hinweist, daß die Lösung der wirtschaftlichen Fragen abhängig ist von dem Ausgang des Krieges.

Können nun überhaupt unsere jetzigen Gegner oder Verbündeten bei einem nachfolgenden Wirtschaftskrieg auf nennenswerte Vorteile rechnen? Nach den Ergebnissen des Barometerstandes vor dem Kriege muß man dies verneinen. Nach einem Aufsatz von „Spectator“ (Neue Zeit, Heft 19 vom 4. Februar 1916) für Deutschland mehr als dreimal soviel Fabrikate nach Ländern des

Vierverbandes aus, als nach den Ländern seiner Verbündeten. Auch bezog es von diesen dreimal mehr an Rohstoffen und viermal mehr an Nahrungsmitteln als von seinen Verbündeten. Von der Gesamtausfuhr Deutschlands entfielen 34,8 Prozent auf seine Kriegsgegner und nur 12,2 auf seine Verbündeten. Nach Frankreich zum Beispiel steigerte sich unsere Ausfuhr von 1903 bis 1912 von 274,3 Millionen auf 789,9 Millionen. Ein Beweis, daß ein wirtschaftliches Bündnis „Mitteleuropas“, als Kampfmittel gedacht, ernstlich gar nicht in Frage kommen kann. Hinzu kommt noch, daß auch die Einfuhr von Waren aus Österreich-Ungarn nach Deutschland in den letzten Jahren verhältnismäßig zurückging, während sie nach dem gegnerischen Ausland zunahm.

Wie sieht es nun auf der andern Seite aus? Englands Handel mit seinen drei größten Verbündeten betrug 1912 in Millionen Mark:

Einfuhr:		Ausfuhr:	
Nahrungsmittel	Rohstoffe	Rohstoffe	Halb- und Ganzfabrikate
571,80	584	951,80	619,40

mit Deutschland allein:

201,94	127	956,40	144,80
--------	-----	--------	--------

Nehmen wir den Handel der anderen mit uns verbündeten Länder hinzu, so führte England ein in Millionen Mark:

	von seinen Verbündeten	Gegnern
1557,00	1698,00	976,60
1557,00	1698,00	976,60

Es führte aus nach dort . . . . . 1726,14 870,06

Rund 700 Millionen Mark seiner Ausfuhr entfallen allein auf Deutschland. Die Einfuhr von Deutschland an Rohstoffen und Halbfabrikaten hatte einen Wert von 398 Millionen Mark. Diese hat England auf Grund unserer Kartellpolitik zu Schieberpreisen bekommen und konnte diese deshalb als verfeinerte Erzeugnisse mit doppeltem Gewinn loschlagen. An den Ergebnissen des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und England ist also zu erkennen, daß es auch für England sehr bedenklich wäre, wenn die Handelsbeziehungen nach dem Kriege nicht wieder aufgenommen würden.

Wehrlich liegen die Handelsbeziehungen bei Frankreich:

1912 bezog es an Waren in Millionen Frank	von seinen Verbündeten	Gegnern
1690,02	1105,69	1726,14
1690,02	1105,69	1726,14

Nächst England, das für 1361,7 Millionen Frank abnahm, waren wir Frankreichs bester Kunde. Von Bedeutung ist auch hier, daß sich in den Jahren 1903 bis 1912 die Ausfuhr an Waren nach seinen Verbündeten um 11 Prozent, nach Deutschland aber um 60 Prozent steigerte.

Wie steht es zwischen Rußland und Deutschland? Rußland führte 1912 nach England, Frankreich und Italien für 478,4 Millionen Rubel aus. Nach Deutschland allein aber für 453,8 Millionen Rubel. Auch hier ist die Ausfuhr nach Deutschland schneller, nämlich um 94 Prozent gestiegen, während der Warenbezug Rußlands Verbündeter nur um 36,3 Prozent zugenommen hatte.

Die Karte Verantw. sollte also allen Völkern sagen, daß wenn die blutige Streitigkeit begraben ist, man gegenseitig alles tun müsse, was den allen Handelsbeziehungen zum Vorteil gereichen könne. Wir denken dabei in erster Linie, wenn auch nicht an eine sofortige gänzliche Freigabe, so doch an eine Milderung des Schutzollsystems, eine der wichtigsten Ursachen zu diesem Weltbrand. Eine Verschlechterung der Handelsbeziehungen muß die Vermögensverluste der beteiligten Länder noch größer machen als sie jetzt schon ist.

Wenn trotzdem tagtäglich und vornehmlich im gegnerischen Ausland von einem wirtschaftlichen Kampfe nach dem Kriege bis aufs Messer gesprochen wird, so ist dies zweifellos nicht die Meinung des gesamten Handels- und Industrielapitals, sondern es sind immer nur bestimmte, wenn auch mächtige Gruppen, die vornehmlich unter dem Wettbewerb der Deutschen zu leiden haben, während andere Gruppen, namentlich die Bezugsnehmer unserer Rohstoffe und Halbfabrikate, ganz anders denken werden.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muß der Versuch, den Weltmarkt künstlich einzunengen, ein geradezu verkehrter Versuch genannt werden, denn dadurch wird die nach dem Kriege in beträchtlichem Maße verbleibende Leistung fast zur Unmöglichkeit in allen Ländern gesteigert werden. Der leitende Regierungspersonen, wie wir gezeigt haben, sich dafür ins Zeug legen, kann man nur vom „kriegspsychologischen“ Standpunkt aus erklären. Allen diesen Drohungen gegenüber heißt es kaltes Blut bewahren, weil heute die ruhige Überlegung fehlt. Es verlohnt sich wohl auch, in diesem Zusammenhang eine Anlaufung der Zeitschrift für allgemeine und spezielle Volkswirtschaft wiederzugeben, die im Jahrgang 1914 Heft 2 folgendes schrieb:

Das Reg. der volkswirtschaftlichen Beziehungen hat gegenüber der Staatsgewalt keine Stütze noch nicht dahin behauptet, daß es den Krieg unmöglich mache. Dieses Reg. ist aber keineswegs gewaltlos geblieben, sondern nur vorzüglich abgemildert.

### Technische Rundschau

#### Neue Patente auf dem Gebiete der mechanischen Metallbearbeitung

Es ist bekannt, eine Fläche eines dreieckigen Schneideisen in der ganzen Länge mit Zähnen zu versehen, um zwei der Schnittwinkel beim Abstreifen möglicherweise Reiben von Schneidspitzen zu erhalten. Ein solches Schneideisen hat aber den Nachteil, daß beim Abstreifen einer Seite auch nur eine Schneidkante geschärft wird. Um zwei scharfe Schneidkanten nach dem Abstreifen einer Seite zu erhalten, empfiehlt es sich daher, zwei Flächen des Schneideisens mit Zähnen zu versehen, während die dritte Seite zum Abstreifen dient. Das Neue besteht darin bei einem dreieckigen Schneideisen zum Gebrauche des „Zweikantenschneides“ (287041, G. Krammer in Garmisch, Rheinland) in der besonderen Anordnung eines Dreikantenschneideisens, das zwei Flächen mit Schneidspitzen anweist, während die dritte Fläche nur abstreifend wirkt, damit man zwei scharfe Schneidkanten erhält.

Die üblichen Bohrmaschinen haben noch verschiedene Mängel. Ein Neuerung sich nämlich entweder fest oder je zahlreicher nicht genau, auch sind sie betreffs ihrer Herstellung oft zu ungenau und zu teuer. Man hat zum Beispiel Bohrmaschinen mit einer Schneidkante und einer Zentrierschneidkante, welche für die Bohrer sind für die Bohrer verschiedene Schneidkanten, bis in ungenügender genauer Beziehung zueinander stehen müssen. Der Nachteil dieser Bohrmaschinen liegt aber eben darin, daß ihre Ausführung schwierig ist. Ferner sind Bohrmaschinen bekannt, die zwei Bohrer von kleinsten Durchmesser zu fassen vermögen, weil die Schneidspitze in verschiedenen Ebenen liegen, die aber den Nachteil aufweisen, daß der Bohrer nicht leicht Durchdringung erreicht, wodurch eine genaue Zentrierung unmöglich wird. Ein neues „Selbstzentrierendes Bohrgerät“ (287774, Dr. Ing. G. Krammer in Garmisch) soll nun ein Durchdringen des Bohrerzuges leicht ausführen, daß die hinteren Schneidspitzen aus einem Zylinder bestehen, und daß der Bohrer aus zwei Schneidspitzen einander in derselben Ebene gegenüberliegen. Auch soll hier eine Schneidspitze durch einen Bohrer ersetzt werden. Die Bohrer- und Zentrierspitzenspitzen sind aus einem Material gefertigt, welches sich gegen die Bohrerzylinder nicht abnutzt. Die Bohrer sind ferner von gleichem Durchmesser

Anknüpfungs- und Ausgangspunkte bleiben als solche ziemlich intakt vorhanden und müssen dazu dienen, sich wieder zu verbinden.

Also auch hier eine ziemlich ruhige Auffassung der Verhältnisse. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß nun einfach die diebezüglichen Auslassungen im gegnerischen Ausland mit einem bedauernden Aufschrei abgetan werden können. Eine militärische Niederlage würde für uns zweifellos auch eine wirtschaftliche Niederlage bedingen. Das sollte denen zu denken geben, die da meinen, dem Arbeiter könne es gleichgültig sein, wie der Krieg ausläuft. Eine Unterbindung unserer Ausfuhr, die im Jahre 1913 über 10 Milliarden betrug, würde eine dauernde Kollage bedeuten. Dies nur nebenbei.

Das bisherige Ergebnis des 19 Monate währenden Krieges läßt wohl den Schluß zu, daß mit einem vollen militärischen Siege auf keiner Seite zu rechnen ist. Eine einseitige Auslieferung der Friedensbedingungen scheidet danach aus, demnach auch die gewaltsame Unterbindung des Welthandels eines Landes oder mehrerer, namentlich der Deutschlands, auf den es ja in erster Linie abgesehen war. Daraus ist zu folgern, daß, wenn die gegenseitig geschlagenen Wunden etwas vernarbt sein werden, die alten Handelsbeziehungen im großen ganzen wieder aufleben werden. Nichtsdestoweniger werden wir nach dem Kriege mit einer Reihe ungünstiger Verhältnisse zu rechnen haben. Amerika, das schon im Anfang dieses Jahrhunderts sich neben England und Deutschland als Dritter beim Weltverkehr auf dem Weltmarkt einstellte, steht nach dem Kriege in volkswirtschaftlicher Beziehung außerordentlich günstig da. Einen Teil unseres Marktes wird es uns streitig machen. In England hat die Schutzollbewegung Aussicht auf endgültigen Sieg. Der Absatz unserer Waren nach dort wird also auf alle Fälle erschwert. Auch der ausländische Rohstoffbezug für unsere Industrie wird nicht so ohne weiteres von staten gehen. Alles das wird auf die Arbeitsverhältnisse einwirken. Und nach den bisher gemachten Erfahrungen wird das Unternehmertum versuchen, die Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt vornehmlich auf Kosten der Arbeiter zu beheben.

Daraus folgt, daß die „Daheimgebliebenen“ auch für den kommenden Frieden zu rüsten haben. Ein erheblicher Teil der Industriearbeiterschaft steht unseren Organisationen noch fern. Die verdamnte Pflicht der Organisation ist es, diese unseren Reihen zuzuführen.

### Zur Unfallgefahr in der Hütten- und Walzwerksindustrie

Jeder Hütten- und Walzwerksarbeiter weiß, daß man in der Schwerindustrie von tödlichen Unfällen wenig Aufhebens macht. Neuerdings heben sie sich aber in einer Weise, daß es selbst in dieser Kriegszeit auffällt, wo man eher geneigt ist, Menschenleben geringer einzuschätzen als sonst. In nachstehend aufgeführten Beispielen waren an den dabei bemerkten Lagen folgende tödliche Unfälle zu verzeichnen:

1. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Der Arbeiter Jakob Wenz geriet zwischen eine in Bewegung befindliche Rangiermaschine und eine Gebäudesaule und wurde zu Tode gequetscht. Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder.

4. Februar. Gahnische Werke, Großenbaum. Im Betrieb der Gahnischen Werke im benachbarten Großenbaum verunglückte heute morgen 6 Uhr die 21 Jahre alte Arbeiterin Thiele. Die Bedienungswerte kam gerade aus dem Umkleideraum und wollte die Gleise der Betriebsbahn überschreiten. Eine herannahende Lokomotive überfuhr die Unglückliche so, daß der Tod sofort eintrat.

4. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Ein Schrotknecht wurde von einem Kranen erfasst und so gegen eine Mauer gedrückt, daß er sofort tot war.

11. Februar. Maschinenfabrik Thyssen & Co., Mülheim. Eine Arbeiterin wollte die Gleise überschreiten, geriet aber zwischen die Räder zweier Güterwagen, wodurch ihr der Brustkorb eingedrückt wurde. Sie starb kurz nach dem Unfall. Der Ehe-mann steht im Felde.

14. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Als die Arbeiterin Theophile Hodelowski einem Wagen, der mit glühenden Schlacken beladen war, ausweichen wollte, stürzte sie über ein Schienenstück und stürzte den Abhang hinunter. In demselben Augenblick wurde der betreffende Wagen umgekippt, so daß die Unglückliche von den herausstehenden glühenden Schlackenmassen verschüttet wurde. Mit schweren Brandwunden beehrt, wurde sie herbeigeholt und in das Krankenhaus gebracht, wo sie am anderen Tage durch den Tod von ihren schrecklichen Qualen erlöst wurde.

14. Februar. Lieberheiniße Hütte. Der Arbeiter G. stürzte von einer Hindleitung am Hochofen. Außer schweren Kopfverletzungen erlitt der Verunglückte innere Beschädigungen. Er starb nachmittags im Marienhospital.

15. Februar. Thyssen, Mülheim. Eine 20jährige Arbeiterin aus Oberhausen mit Namen Biesche geriet beim Ueber-schreiten der Gleise unter einen Zug. Der Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren. Der Tod trat infolge Blutverlustes nach kurzer Zeit ein.

und sie haben daher zum Vorhand auch gleiche, leichter herzustellende Konstruktion. Der Erfinder weist in seinen Ausführungen noch darauf hin, daß die Führer mit mehreren in verschiedenen Ebenen gelegener Riemenrollen infolge der dünnen Zapfen, auf denen die Rollen sitzen, nicht so fest sein können wie Führer mit vollen Walzen. Ferner können die vielen, besonders eingeleiteten Antriebsrollen der bekannten Konstruktion nur mit dünnen Seilen bespannt werden, während bei dem hier erwähnten Führer die Rollen für die hinteren vollen Walzen mit dem äußeren festen Rand des Führers aus einem Stücke bestehen. Endlich haben die vielen Antriebsrollen nach dem Ratheil, daß das Führer infolge der zahlreichen abgesetzten Stellen schwer zu reinigen ist, wenn sich Schlamm oder feine Späne im Führer festsetzen. Abdrücken kann die Gewandigkeit der Arbeit durch letzteren Umstand beeinträchtigt werden.

Bei den bekannten Gewindefräseidspinnen wird der die Schneidspitzen tragende Teil innerhalb des Schneidkopfes gegenüber den umliegenden Teilen verschoben, wenn die Schneidspitzen geöffnet oder geschlossen werden, wobei die übrigen Teile unbeweglich bleiben, indem sie an einem Schaft angebracht sind, mittels dessen das ganze Werkzeug im Revolverkopf der Maschine befestigt wird. Der Teil, welcher bei der Verschiebung des Schneidkopfes wirkt, um den Schneidkopf zu schließen und zu öffnen, ist auch einer Drehbewegung zur Einstellung der Schneidspitzen für verschiedene Schnitt-tiefen fähig, wobei diese Teile mit Führungsschienen versehen sind, die gegen die hinteren Endflächen der einzelnen Schneidspitzen wirken. Ferner macht sich der Erfinder darüber, daß die umgebenden Teile bei der Verschiebung, Schließ- und Öffnungsbewegungen unmittelbar auf die Endflächen der Schneidspitzen wirken. Infolgedessen müssen, wenn man die einzelnen Teile miteinander, die mit den Endflächen der Schneidspitzen zusammenwirkenden Führungsschienen von neuem und anders einstellt werden, um die Schneidspitzen auf den Durchmesser des zu bearbeitenden Gewindes heranzubringen. Dem öffnen sich aber die Schneidspitzen nicht weit genug, was das geschnittene Gewinde des Arbeitsstückes wieder loszulassen, da mancher ihr Arbeitsweg verengt ist. Diesem Uebelstand soll bei einem „Gewindefräseidspinn“ mit radial verstellbaren Schneidspitzen“ (287504, National-Acme Manufacturing Co. in Cleveland) in folgender Weise begegnet werden. Es sind die Schneidspitzen in Längs angeordnet, die zwei zum Öffnen und Schließen ober- und unterhalb ein verstellbares Schneidspitzen dienende Gestänge besitzen. Und von diesen liegt die eine senkrecht zur Achse des Schneid-

15. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Der Arbeiter Friedrich Kaplar stürzte von einem 10 Meter hohen Gerüst am Hochofen ab, wodurch er einen Bruch der Wirbelsäule und Unterleibsverletzungen erlitt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Er leidet ungemessene Schmerzen, an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

16. Februar. Kupfer- und Messingwalzwerk E. Gedemann, Duisburg. In diesem Betrieb wurden durch einen ab-platenden Maschinenteil zwei Arbeiter getroffen. Einer, dem das Eisenstück an den Kopf lag, war auf der Stelle tot. Sein Arbeitskollege wurde schwer verletzt in das Bethesdankrankenhaus eingeliefert.

18. Februar. Friedrich-Wilhelmhütte, Rheinhausen. Hier wurde ein Arbeiter, Vater von acht Kindern, tot zwischen den Gleisen der Fabrikbahn aufgefunden. Dem Unglücklichen waren Arm und Beine abgefahren.

20. Februar. Gussstahlfabrik Felig Wischoff, Duisburg. Hier verunglückte der Hammerhämmer Otto Schreiner tödlich. Er war verheiratet und schon 25 Jahre bei der Firma tätig.

23. Februar. Gutehoffnungshütte Oberhausen. Ein Arbeiter kam der Starkstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet. Der Verunglückte war Kriegsinvalide.

24. Februar. Friedrich-Wilhelmhütte, Mülheim a. Ruhr. Hier wurde ein Arbeiter tot aufgefunden, anscheinend liegt Erstickung vor.

29. Februar. Gahnische Werke, Großenbaum. Der 17 Jahre alte Arbeiter Maier stürzte von einem Kauframen ab und wurde sofort tot. Der Arbeiter Bilz stürzte von der Lokomotive und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist bedenklich.

Wir sehen also, 14 tödliche Unfälle in einem Monat und nur in dem Bereich der Verwaltungen Duisburg und Mülheim-Oberhausen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Nun hat der Herr Handelsminister Sydow auf die Ausführungen des Genossen Leinert über die Arbeiterschutzbestimmungen im preussischen Landtag erklärt: Die Arbeiterschutzgesetzgebung bleibt bestehen, und die Vorschriften werden gewissenhaft beachtet, soweit es die Kriegs-verhältnisse irgend zulassen. Theoretisch mag das zutreffen, aber in der Wirklichkeit sieht es anders aus. Wir haben aber alle Ursache, in der Zeit des Weltkriegs und des Geburtenrückgangs eine vernünftige Menschenökonomie zu treiben. Jedes Menschenleben ist gerade heute ein kostbares Gut, das sorgfältig gebüht werden muß. Mögen deshalb die Unternehmer durch gewissenhafte Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen mit dafür sorgen, daß der Verlust an Menschenleben hinter der Front nicht den Umfang annimmt, wie ihn uns die Zusammenstellung leider vor den Augen führt. S. R.

### Unser Verband in der 82. Kriegswoche

In nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 82. Kriegswoche dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungen: Neustadt i. S., Eisenach, Gräfenthal, Stenbal, Tangermünde, Gurrnerbach, Neumied, Friedrichshafen, Lörrach und Zweibrücken.

Übersicht über die Zeit vom 20. bis 26. Februar 1916.

Woche	Verwaltungstellen haben		Mit-gliederzahl am Anfang der Woche	Mit-glieder-abgang über-haupt	Davon zum Heer ein-gezogen	Mit-glieder-abzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Davon zum Heer ab-gesandt	Ausgaben für Arbeits-lofenunterstützung
	verfügt	über-bleibend							
1.	36	—	6056	44	23	6012	14	0,2	82
2.	24	—	4932	40	17	4892	30	0,6	169
3.	32	—	7552	91	47	7461	44	0,6	219
4.	53	1	34673	296	98	34377	155	0,4	693
5.	79	4	28311	215	71	28096	128	0,5	567
6.	48	—	28548	202	57	28346	60	0,2	294
7.	37	1	23469	200	52	23269	38	0,2	263
8.	27	1	10874	61	24	10813	73	0,7	439
9.	48	8	17607	163	66	17444	925	5,3	2751
10.	41	—	19929	138	46	19791	538	2,7	2393
11.	1	—	51090	321	321	50769	578	1,1	2061

Zus. 421 | 10 | 232841 | 1771 | 822 | 231070 | 2583 | 1,1 | 9931  
\* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

Neuaufnahmen fanden im Laufe der Berichtswache 1067 statt, während 822 Mitglieder zum Heer einberufen wurden.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2683 gegen 2565 in der vorhergehenden Woche, blieb aber im Verhältnis zur Mitgliederzahl mit 1,1 v. H. auch in der Berichtswache unverändert.

Krank waren 4086 Mitglieder gemeldet gleich 1,8 v. H. der Mitgliederzahl, gegen 3988 oder 1,7 v. H. in der Vorwoche. Die ausgezahlte Krankenunterstützung betrug 22690 M gegen 11879 M in der vorhergehenden Woche.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

topfes, während die andere ergentrich in der Umdrehungsrichtung des Schneidkopfes gelagert ist.

Wird ein gerader Metallstab an einer Stelle erhitzt, so weicht er nach dem Erkalten eine konvexe Wiegung dort auf, wo die Wärme wirksam gewesen war. Diese Tatsache ist bei einem Verfahren zum Richten ungerader, unrunder oder windigher metallener Gegenstände (286127, Gussstahlfabrik F. W. Schöffel in Duisburg) benutzt worden. Danach wird einfach der trumme Gegenstand auf der konvexen Seite, je nach der Stärke der Krümmung und mehr oder weniger abgegrünt, einige Millimeter tief erhitzt, worauf die Abkühlung erfolgt. S. W.

#### Schutzvorrichtung bei der autogenen Metallbearbeitung

Bei der autogenen Metallbearbeitung wird noch vielfach Explosionsgefahr gefürchtet, die entweder durch nicht richtig gebaute Anlagen oder durch Versehen des Arbeiters entstehen kann. Dieser Gefahr soll eine in Deutschland und im Ausland patentierte Knappich'sche Sicherheitswasserborlage vorbeugen, die von der Firma Keller & Knappich, G. m. b. H., Augsburg III gebaut wird. Diese Wasserborlage ist mit einer Warnungspfeife verbunden, die sich sofort vernehmen läßt, wenn ein Apparat etwas nicht in Ordnung ist. Dies geschieht, wenn der Wasserstand in der Borlage zu gering oder wenn die Pfeife verstopft ist, oder wenn infolge einer Störung in der Gasleitung Luft angesaugt wird. Zurücktretender Sauerstoff entweicht unter allen Umständen durch die Sicherheitspfeife, er tritt also nicht in den Ätzapparat gelangen und dort Knallgas bilden. Ebenfalls ist bei dieser Sicherheitsborlage ein Zurückfließen des Explosionsbrites in die Leitung oder in den Apparat nicht zu befürchten und in der Borlage selbst können bei der Arbeit des Raumes keine gefährlichen Explosionen stattfinden, außerdem ist die Borlage so stark gebaut, daß keine Zerrinnerung zu befürchten ist. Im übrigen ist die Borlage zweckmäßig eingerichtet und leicht auseinanderzunehmen. Ihr Preis beträgt 60 M. Unsere Kollegen, die bei der autogenen Metallbearbeitung beschäftigt sind, machen wir hiermit auf sie aufmerksam, damit sie nötigenfalls ihre Unternehmer davon in Kenntnis setzen können.

#### Anreizzettel

Unser Verbandsmitglied Georg Schnorr in Rathenow, Provinz Pommern, hat sich einen Anreizzettel schenken lassen, der sich nicht nur genau einstellen läßt und dessen Schenkel während des Gebrauches nicht nachgeben. Der Zettel besteht aus zwei ausgefalteten Stahlblechstreifen. Diese bewegen sich in einem geschützten Zustände



